



Positionspapier Allianz für Familie 2022-2025

Prämisse

Die Allianz für Familie engagiert sich seit 10 Jahren für Familien und regt mit Nachdruck familien- und sozialpolitische Verbesserungen im Land und auf nationaler Ebene an. Die Allianz für Familie mit ihren 13 Mitgliedsorganisationen bringt sich aktiv in den gesellschaftlichen Diskurs ein, fordert im Sinne der Familien Verbesserungen und regt familienfreundliche Weiterentwicklungen in allen Bereichen an. Unübersehbare gesellschaftliche Veränderungen (demografischer Wandel, wirtschaftliche Belastungen, Wohnungsnot, Anforderungen der Arbeitswelt, ...) wirken sich auf die mittlerweile große Vielfalt der Familien aus. Daher ist ein weitsichtiges Agieren der politischen Entscheidungsträger, der Verwaltung sowie der Organisationen auf Basis valider Zahlen und unter **Einbeziehung der Familien sowie deren Interessensvertretungen** nötiger denn je. Zielgerichtetes Handeln für das Wohlbefinden der Familie gilt als Strategie der Prävention und trägt dazu bei, dass Familie, als ein wichtiger Baustein der Gesellschaft, gelingen kann.

Im folgenden Text wird besonders auf die Bedürfnisse von Familien mit heranwachsenden Kindern fokussiert, da – neben der Gewährleistung der Betreuung und Pflege von alten oder kranken Menschen – in diesem Feld ein besonderer Handlungsbedarf besteht. An nachfolgenden Punkten muss dringend weitergearbeitet werden, damit gemeinsam mit den Familien die notwendigen Voraussetzungen geschaffen bzw. erhalten werden, um die Aufgabe der Generationenarbeit leisten zu können.

Die Mitglieder der Allianz für Familie wählen jährlich aus dem breiten familienpolitisch relevanten Spektrum thematische Schwerpunkte aus und vertiefen diese. Die Themenauswahl bedeutet aber keinesfalls, dass die Breite der Bedürfnisse von Familien als Gesamtanliegen in den Hintergrund gedrängt werden. Vielmehr versucht man immer wieder auf die Vielschichtigkeit der Problematik aufmerksam zu machen und die Notwendigkeit eines systemischen Denkens einzufordern.

1. Aufbau von ganzheitlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten

In einem Land, in dem die weibliche Erwerbstätigkeitsquote bei über 70% liegt und die vorherrschende Kultur immer noch die Frau als Hauptsubjekt der Familienbetreuung identifiziert, ist das Thema der Vereinbarkeit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit besonders relevant und hat viel mit der Frage nach Chancengerechtigkeit zu tun. **Vereinbarkeit ist in unserem Verständnis ein Thema, das beide Geschlechter angeht und in das Männer gleichwertig involviert werden wollen und sollen.** Diesbezüglich muss konsequent an einem kulturellen Wandel gearbeitet werden. Geschlechtergerechte Bildung und Erziehung, Veränderung von tradierten Rollenbildern durch Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen in der Bildungswelt, in Organisationen und der Gesellschaft können einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Eine besondere Herausforderung liegt in den kommenden Jahren im Ausbau jener Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Zentrale Forderungen in Kurzform

- Gewährleisten einer **qualitätsvollen Bildung und Betreuung für Kinder von 0-14 Jahren**.
- Vernetzen des Angebots des Bildungssystems mit den Betreuungs- und Freizeitangeboten.
- Familienfreundliche Zeitmodelle in Kindergarten und Schule, u.a. verbesserte **Abstimmung der Zeiten der verschiedenen Bildungsstufen** (Kindergarten, Grund- und Mittelschule).
- Entwicklung von **neuen Formen der Ganztagesbildung** im Sinne von Schule als Lebensraum.
- Aufbau eines flexiblen **Ganzjahreskindergartens**.
- Weiterer Ausbau einer stabilen und **qualitativ hochwertigen Kleinkinderbetreuung**.
- Konsequenter Ausbau von **familienfreundlichen Maßnahmen in der Arbeitswelt** und in den **Gemeinden**.
- Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bei der Organisation von **Nachmittagsbetreuung inkl. Verpflegung und Transport und Mensa**.
- Zusammenarbeit zwischen verschiedenen lokalen Akteuren zur **Verbesserung der Familienfreundlichkeit**. Gemeinde, Wirtschaft, Betreuungs- und Bildungssystem, Jugend-, Sport- und Kulturvereine sowie der Eltern sollen gemeinsam lokal angepasste Lösungen unter Einbeziehung der unterschiedlichen Ressourcen entwickeln.

Forderungen im Bereich Kleinkinderbetreuung

In den letzten Jahren wurde in den Gemeinden Südtirols ein massiver Ausbau der Kleinkindbetreuung vorangetrieben, sodass mittlerweile circa 25% der Kleinkinder familienergänzend betreut werden. Die Vielfalt des Angebots mit einem Mix aus privaten wie öffentlichen Angeboten und die Flexibilität werden von Eltern sehr geschätzt. Da das Baby- und Kleinkindalter besonders prägend ist, braucht es aber dringend eine größere personelle Stabilität in den Einrichtungen. Betreuer*innen, die verlässlich jene emotionale Nähe, Zuwendung und Betreuung bieten können, die gebraucht wird, sind der Grundstein für eine gelingende Kleinkindbetreuung. Es ist also wichtig, Kleinkindbetreuung nicht mehr länger als Randerscheinung zu betrachten, sondern als ein **stabiles, hochwertiges Angebot, das langfristig bestehen und abgesichert werden muss**. Bei einem numerischen Ausbau der Betreuungsplätze muss künftig also auch an der Gewährleistung der Qualität weitergearbeitet werden.

Wichtige Schritte in den kommenden Jahren:

- Es braucht einen **quantitativen und qualitativen Ausbau des Angebots**, damit all jene Familien, die es benötigen, einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen.
- Es braucht ein einfaches und **unbürokratisches Finanzierungsmodell** für die privaten Anbieterorganisationen. Die Tarifgestaltung auf Stundenbasis sollte aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands abgeschafft werden.
- Die **Höhe der Tarife** für die Eltern von Kleinkinderbetreuung und Kindergarten sollten sich unter Berücksichtigung des Landesfamiliengeldes konsistent annähern.
- Um dem Personalmangel bzw. der Fluktuation entgegenzuwirken, muss die **Entlohnung** der Kleinkinderbetreuerinnen dringend erhöht werden. Hohe Personalfuktuation bedeutet nämlich Betreuungsdiskontinuität.

Forderungen im Bereich Kindergarten

Der Kindergarten ist für die Familien ein wertvoller Erziehungspartner, die pädagogische Qualität im Kindergarten wird von den Eltern weitestgehend sehr hoch eingeschätzt. Aus Sicht der Familien gibt es jedoch einen Bedarf nach mehr Flexibilität und einem zeitlichen Ausbau des Angebots.

Wichtige Schritte in den kommenden Jahren:

- Die **Öffnungszeiten** im Kindergarten müssen nach den Kürzungen der letzten Jahre wieder ausgebaut werden. Der Rückbau ist speziell unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit für alle Kinder äußerst kritisch zu betrachten. Der Kindergarten soll – ähnlich wie in den meisten europäischen Ländern - als **Ganzjahreskindergarten** mit einer Schließung von wenigen Wochen konzipiert werden.
- Die Kontinuität in der Anwesenheit von pädagogischen Bezugspersonen ist für kleine Kinder wichtig. Die reine Auslagerung der Verlängerungsangebote am Nachmittag für wenige Stunden an private Träger ist kritisch zu betrachten. Vorstellbar ist hingegen eine enge und **gleichwertige Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Trägern** (siehe unten).
- Es braucht mehr **Frühöffnungen und Verlängerungen**. Ein flexibles Angebot mit verlängerten Öffnungszeiten soll zumindest in den größeren Zentren bzw. in zu definierenden Einzugsgebieten verfügbar sein.

Konkretisierung der Forderungen im Kindergarten

Umsetzung innerhalb des Kindergartenjahrs 2023/24

- Pro definiertem Einzugsgebiet gibt es einen oder mehrere verlässliche, leistbare und flexible Verlängerungskindergärten. Das Angebot ist von Montag bis Freitag definiert, flexible Abholzeiten sind möglich.
- Die Zugangskriterien für die Verlängerung werden neu geregelt. Die alten Kriterien aus den Siebzigerjahren mit Arbeitstätigkeit als Zugangsvoraussetzung sind abzuändern. Eltern benötigen das Angebot der Verlängerung auch in sogenannten Übergangssituationen (wie z.B. nach der Mutterschaft, Elternzeit oder Auszeit), bei Arbeitssuche oder Ausbildung, Krankheit eines Elternteils, von Angehörigen oder Geschwisterkind u.v.a.m.
- Es wird geklärt, wie die Personalverfügbarkeit gewährleistet wird (u.a. durch Direktberufungen oder durch längerfristig angelegte Kooperationen auf Augenhöhe mit privaten Vereinen oder Genossenschaften, die gemeinsam im Rahmen von Pilotprojekten entwickelt werden).

Umsetzung innerhalb des Kindergartenjahrs 2024/25

- Um der Komplexität in den Gruppen gerecht zu werden, soll der Personalschlüssel im Kindergarten angepasst werden (z.B. 1:10)
- Personal: Überarbeitung der Kollektivverträge u. A. mit Bonus für jene, die zusätzliche Leistungen übernehmen und mit Neuregelung der unterrichtsfreien Zeit. Direktberufungen im öffentlichen Bereich auf befristete Stellen sollen weiterhin genutzt werden.
- Kooperation öffentlicher Kindergarten mit privaten Organisationen: bestehende Kooperationsmodelle werden geprüft und neue Pilotprojekte gemeinsam entwickelt. Kooperation beginnend am Vormittag könnte das öffentliche Personal entlasten, am Nachmittag wären Verlängerungen leichter umsetzbar. Alle Tätigkeiten von privaten Trägern im Kindergartenbereich

sollen mit sicherer Finanzierung, ohne prekäre Arbeitskontexte, mit vergleichbarem Kostenrahmen privat-öffentlich abgedeckt werden.

- Sommerkindergarten bzw. Ganzjahreskindergarten: der Sommer muss für Familien planbar und leistbar sein. Es braucht kontinuierliche Angebote im Sommer laut den pädagogischen Grundprinzipien der sensiblen Lebensphase. Es gibt entweder eine koordinierte, strukturierte Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Trägern (die Bezugspersonen müssen den Kindern bekannt sein, öffentliches Kindergartenpersonal sollte als pädagogische Leitung anwesend sein) oder es wird der Ganzjahreskindergarten eingeführt.
- Optimierung der Arbeitsbedingungen im Kindergarten (z.B. weniger Bürokratie, Dokumentation)

Umsetzung innerhalb des Kindergartenjahrs 2025/2026

- Implementierung eines flexiblen Kindergartens pro Sprengel mit Öffnungszeiten, die den Bedarf von Eltern, welche in Turnusdiensten, in der Gastronomie, in der Pflege etc. berücksichtigen (Öffnung Kindergarten z.B. von 6:00 bis 20:00 Uhr)

Forderungen im Bereich Schule

Derzeit passen für viele berufstätige Eltern die Zeiten der Bildungseinrichtungen nicht mit den Arbeitszeiten zusammen. Familien sind für jedes Kind und jede Bildungsstufe mit neuen Rahmenbedingungen (Öffnungszeiten, Kosten) konfrontiert. Eltern müssen immer wieder ihre Arbeitszeiten anpassen, vor allem Mütter scheitern häufig an der Vereinbarkeit und fehlen als Fachkräfte in der Arbeitswelt. Die langen **Ferienzeiten und die Schließungen** im öffentlichen Bildungsbereich stellen Eltern, aber auch Arbeitgeber*innen immer wieder vor große Herausforderungen (vgl. Familienstudie 2021).

Wichtige Schritte in den kommenden Jahren:

- Es braucht ein **Gesamtkonzept** für den Bildungsbereich bzw. ein Schulentwicklungsprogramm, das von Fachleuten in Kooperation mit den relevanten Playern inklusive der Eltern- und Familienorganisationen entwickelt werden soll.
- Der Nachmittagsunterricht an den Schulen darf keinesfalls reduziert werden: An mindestens zwei Nachmittagen pro Woche sollten an allen Schulstellen Angebote möglich gemacht werden und zur Verfügung stehen! So bleibt es auch im ländlichen Raum möglich, Familie und Beruf zu vereinbaren.
- Es braucht **neue Ansätze der Vernetzung** von Bildungs- und Betreuungsangeboten, in denen die pädagogische Begleitung der Kinder ein offener Raum wird und Angebote aus dem Bereich Sport, dem Vereinswesen, der Musik und der Jugendarbeit ihren Platz finden.
- Die **Unterrichtszeiten müssen überarbeitet** werden und familien- und v.a. auch kinderfreundlicher werden. Verbindliche landesweite und mehrjährig angelegte Vorgaben zu den Bildungszeiten sind nötig.
- In den größeren Zentren sollen schulische **Ganztagesangebote** - unter Einbindung der vorhandenen lokalen Akteure - zur Verfügung stehen. Nur durch ein diversifiziertes Modell haben die Eltern eine effektive Wahlmöglichkeit.
- Die Zeiten der verschiedenen Bildungs- bzw. Betreuungseinrichtungen (Kita, Kindergarten, Grund- und Mittelschule) müssen dringend besser aufeinander abgestimmt werden.
- Viele Familien (in städtischen wie auch in peripheren Gebieten) benötigen mittags einen Mensadienst mit einer zusätzlichen Stunde an Betreuung (**Modelle der Übermittagsbetreuung**). So kann für berufstätige Eltern eine Angleichung an die Zeiten des Kindergartens erreicht werden.

Damit die oben genannten Punkte auf den Weg gebracht werden können, braucht es eine Ausbildungsoffensive, kollektivvertragliche Verhandlungen im Bildungsbereich und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln.

Zum Schluss: Es ist klar, dass nicht alle Zeiten und Bedürfnisse von professioneller Hand abgedeckt werden können. Daher wäre es denkbar, innovative Modelle der Nachbarschaftshilfe und des zivilgesellschaftlichen Engagements zu fördern und aufzubauen, wie beispielsweise durch die Einführung eines Modells „Erweiterte Kernfamilie“. Dieses erfüllt, weil numerisch klein gehalten, viele Kinder- und Elternbedürfnisse von der Übermittagsbetreuung, der Nachmittagsbetreuung bis hin zur Hausaufgabenhilfe. In kleinen selbstorganisierten Elterngruppen rotieren Väter bzw. Mütter in der Rolle der Betreuer*innen. Dieses Modell benötigt institutionelle Anerkennung in Form einer Regulierung des Rechtsschutzes sowie eine finanzielle Unterstützung, da die beteiligten Eltern während der Betreuungszeit im Interesse der Kinder auf Lohnarbeit verzichten – mit all den Nebeneffekten hinsichtlich Rente und Einkommen.

2. Verbesserungen in der Arbeitswelt

Betreuungs- und Pflegeaufgaben stellen besondere Anforderungen an betroffene Erwerbstätige und führen oft dazu, dass sie vielfach nicht als „vollwertige“ Arbeitskraft gesehen werden. Eltern und Pflegende brauchen dringend familienfreundlichere Arbeitsplätze. Arbeitgeber*innen zögern jedoch entsprechende Maßnahmen in ihren Betrieben umzusetzen und befürchten Nachteile. Es gibt viele gute Gründe, warum sich mehr Familienfreundlichkeit langfristig lohnt. Betriebe und Unternehmen, die ihren Mitarbeiter*innen verstärkt eine Perspektive für ihre Karriere und familienfreundliche Arbeitsbedingungen bieten, können nicht nur die Fluktuation verringern, sondern sie reduzieren auch die Kosten für die Ausbildung neuer Fachkräfte und begegnen dem Verlust von Firmen Know-how. Befragungen zeigen zudem, dass die große Mehrheit der jüngeren berufstätigen Eltern bereit ist, für mehr Familienfreundlichkeit den Arbeitgeber zu wechseln.

Zentrale Forderungen:

- Familie braucht Zeit, daher ist die Abstimmung der **Arbeitszeitmodelle in einigen Lebensphasen** von besonderer Bedeutung. Möglichkeiten für beide Geschlechter der Inanspruchnahme von variabler Teilzeit, Homeoffice bzw. Smart-working, flexible Arbeitszeiten, langfristige Arbeitszeitkonten, kurzfristige Arbeitsfreistellungen in Notsituationen u.v.a.m erleichtern Familien die Organisation des Alltags.
- Die **Reduzierung von Arbeitszeiten** ohne eine relevante Beeinträchtigung der Karriere kann durch vollzeitnahe Teilzeitmodelle (z.B. in Form von 75% Anstellungen) für beide Elternteile gelingen. Topsharing in Spitzenpositionen ist eine weitere Möglichkeit, die es umzusetzen gilt.
- Steuererleichterungen und Förderungen für Betriebe sollten an die Umsetzung von nachprüfbar, klar formulierten familienfreundlichen Maßnahmen geknüpft werden.
- Schaffung und Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten in öffentlichen und privaten Betrieben (Mensa, Kita und Kindergarten, Nachmittagsangebote).
- Beschäftigte und Führungskräfte sollen für das Thema „Familienfreundlichkeit im Betrieb“ sensibilisiert werden. Dafür soll ein kostenloser Beratungsdienst eingerichtet werden, der Betriebe professionell und bedarfsgerecht im Prozess von der ersten Idee bis zur Umsetzung konkreter Maßnahmen begleitet.
- Schaffung eines Netzwerks (z.B. wie „Unternehmen für Familien“) zum Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Motivation (in weiterer Folge auch Darstellung mittels einer online Datenbank).

3. Anerkennung der Erziehungs- und Pflegearbeit (Zeit für Care)

Die Familie ist nach wie vor auch ein großes soziales Sicherungssystem. Neben der Pflege von älteren Angehörigen, ist die Erziehungsarbeit eine wichtige Leistung für die Gesellschaft. Care-Arbeit ist per se systemrelevant und eine Gesellschaftsaufgabe. Im öffentlichen Bewusstsein und insbesondere im politischen Gleichstellungsdiskurs spielen der gesellschaftliche Wert dieser Arbeit sowie die individuelle Belastung durch die Reduktion des Lebenseinkommens zu selten eine Rolle. Diese Belastung tragen zu einem signifikanten Anteil die Mütter, welche entweder über die gesamte Dauer der Kindheit ihrer Kinder keinem Beruf nachgehen bzw. die erwerbstätigen Mütter, deren große Mehrheit in Teilzeit arbeitet. Dies zeigt klar und deutlich, dass die familiäre Care-Arbeit diese Zeit braucht. Die Vollzeitberufstätigkeit aller Menschen als Ideal zu setzen, ignoriert, dass Care-Arbeit eine Konstante ist und nicht weniger wird, sobald Menschen mehr Stunden mit Erwerbsarbeit verbringen. Die Care-Arbeit wird dann höchstens auf Dritte übertragen, die für andere und zusätzlich für sich und ihre Familien diese Aufgaben erledigen.

Über das Abgeben an andere kann sich der Umfang von Care-Arbeit für einzelne Personen reduzieren, insgesamt bleibt der Bedarf an Care jedoch prinzipiell gleich. Ihr großes Volumen wird aktuell auf zu wenige Menschen verteilt. Die Personalschlüssel in der Pflege und in Kitas entsprechen nicht wissenschaftlichen Empfehlungen. Diejenigen, die auf professionelle Care-Arbeit angewiesen sind, haben wenige Wahlmöglichkeiten und auch kaum Druckmittel, um die Situation in den Care-Einrichtungen zu verbessern.

Die Frage, die wir uns gesellschaftlich stellen müssen, ist, um welche Werte herum wir unser Zusammenleben organisieren wollen und welche Effekte dieser Entscheidungen wir in Kauf nehmen wollen.

- Es braucht ein neues Verständnis von Zeit für Care, die dafür nötige Zeit muss in einer Gesellschaft zur Verfügung stehen.
- Es muss geklärt werden, woran es liegt, dass wichtige „sorgende“ Tätigkeiten eine derart geringe wirtschaftliche Bewertung erhalten. Daraus sollten sich Überlegungen entwickeln, wie die Rahmenbedingungen in den Gesellschaften neu gestaltet werden können.
- Care-Arbeit, die bislang unbezahlt im familiären Kontext stattfindet, sollte gleichwertig in neue Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle mit einbezogen werden. Schließlich konstituiert sie Gesellschaft und kann nicht als private Angelegenheit von der öffentlichen Sphäre getrennt werden.

Zentrale Forderungen:

- Erziehungszeiten, Fürsorgezeiten und Pflegezeiten bedingen Altersarmut, weil das aktuelle Wirtschaftssystem nur Erwerbsarbeit für die Rente anerkennt und entlohnt. Es ist nötig, auch die Fürsorgearbeit als Grundlage für einen Rentenanspruch zu definieren.
- Fürsorge ist „andere Form der Arbeit“, deren Bedeutung, die Wichtigkeit und die Sinnhaftigkeit erst erkannt werden muss. Hierfür braucht es Information und Sensibilisierung der Bevölkerung (Verbreitung der rechtlichen Informationen zum Thema Elternzeit, Rente, Rechte usw.). Eine finanzielle Anerkennung als Gegenwert für Fürsorge ist anzustreben. Eltern sollen nämlich selbst entscheiden können, in welchem Ausmaß sie die Fürsorgearbeit für ihre Kinder selbst leisten können bzw. wollen und ab wann und in welchem Umfang sie Betreuungsangebote in Anspruch nehmen wollen.
- Annäherung an das Elternzeitmodell in der öffentlichen Verwaltung: Die Einführung eines Rechts auf Wartestand mit Rentenabsicherung im Anschluss an die Elternzeit im Ausmaß von mindestens einem Jahr sollte auch für Angestellte in der Privatwirtschaft möglich werden.
- Sondersituationen in Pflege und Fürsorge für Menschen mit Beeinträchtigung – hier braucht es eine Kombination aus direkter Unterstützung, ein breites Angebot an sozialen Einrichtungen und Diensten sowie eine Anrechnung der Fürsorgearbeit für die Renteneinzahlung.
- Care-Arbeit muss fairer und partnerschaftlicher zwischen Frauen und Männern verteilt werden, es braucht u.a. einen konsistenten Ausbau all jener Maßnahmen, die zur Stärkung einer aktiven Vaterschaft beitragen.

4. Finanzielle Unterstützung für Familien

Südtirol ist ein Hochpreisland, die **Kaufkraft der Familien mit zu Lasten lebenden Kindern sinkt**. Ein sicheres und angemessenes Einkommen ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich jemand für Familie entscheidet. "Sicher" bedeutet, dass man nicht der Gefahr ausgesetzt ist, über kurz oder lang ohne Einkommen dazustehen; "angemessen" heißt, dass man nicht zum Bittsteller werden muss. Eine besondere Berücksichtigung brauchen Allein- bzw. Getrennterziehende und kinderreiche Familien. Hierfür braucht es eine **entsprechende Lohnpolitik und steuerliche Erleichterungen**.

Die Möglichkeiten der finanziellen Entlastung müssen ermittelt, auf ihre Auswirkungen überprüft und umgesetzt werden. Die finanziellen Maßnahmen sollten darauf abzielen, das Einkommen von Familien entsprechend dem Mehrbedarf der Kinder, zu erhöhen. Dieser Bedarf entsteht unabhängig vom Einkommen und entspricht einer Leistung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Langfristig sind daher Familienleistungen einkommensunabhängig zu gestalten. Solange die Familieneinkommen nicht angemessen sind, können höhere Beiträge der Autonomen Provinz die derzeitige finanzielle Benachteiligung ausgleichen.

Zentrale Maßnahmen

- Zusammenführung der finanziellen Beiträge für Familien, Vereinfachung des Systems.
- Ausbau von Zusatzabkommen zu den verschiedenen Kollektivverträgen.
- Einführung eines Gutscheinsystems (Voucher) für Familien zum Einkauf von Betreuung sowie von Leistungen zugunsten der Kinder wie Sport, Musik etc..
- Entlastungen für Familien bei Müll, Wasser- und Stromgebühren ... (Berechnungen unter Berücksichtigung der im Haushalt lebenden Menschen).
- Verbesserte Informationen zu den Möglichkeiten der Bilateralen Körperschaften.
- Regelmäßige Anpassungen der verschiedenen Sozialhilfen des Landes an die steigenden Lebenshaltungskosten.

5. Wohnen

Wohnraum muss für Familien erschwinglicher werden. Die Wohnbauförderung ist bedingt durch ihre Fördermodelle und -kriterien einseitig auf ein bestimmtes Lebensmodell ausgerichtet und sie führt dazu, dass in Südtirol zu wenig erschwingliche Mietwohnungen zur Verfügung stehen. Das Problem der Verschuldung von Familien steht zudem oft mit einem Wohnungskauf oder Bau im Zusammenhang und spitzt sich speziell in Fällen von Trennung und Scheidung oft dramatisch zu. Ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Miet- und Eigentumswohnungen ist zudem dem Bedürfnis nach Flexibilität von jungen Menschen zuträglich. Die Möglichkeit Wohnungen kostengünstig zu mieten und ein familienfreundliches Umfeld in Städten und Dörfern vorzufinden, kann – neben interessanten Arbeitsangeboten – einen Zuzug von jungen gut ausgebildeten Menschen begünstigen bzw. deren Abwanderung verhindern.

Zentrale Maßnahmen

- Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Eigentums- und Mietwohnungen.
- Zur Verfügung Stellung von einer größeren Anzahl von Mietwohnungen durch das Wohnbauinstitut oder die Gemeinden.
- Fördern von innovativen Modellen des Zusammenlebens u.a des generationenübergreifenden Wohnens.
- Bau von Wohnungen, in denen die Wohnräume flexibel auf die Lebensphasen der Familien und deren Notwendigkeiten angepasst werden können (z.B. aus einer großen Wohnung können ohne großen Aufwand zwei kleiner gemacht werden).
- Die familienfreundliche und möglichst auch generationenübergreifend angelegte Planung von Wohnsiedlungen muss forciert werden. Dadurch fördert man Kontakt, Verständnis und Nachbarschaftshilfe zwischen den verschiedenen Bewohner*innen.

6. Politische Vertretung

Verbesserungen auf Landesebene

- Familie ist Querschnittsthema. Als solches muss das Thema Familie in allen Bereichen mitberücksichtigt werden. Familientauglichkeit soll bei Gesetzen, Durchführungsbestimmungen und Entscheidungen der verschiedenen politischen Gremien mitberücksichtigt werden.
- Die Ressorts Familie und Bildung sollten in Südtirol in der kommenden Legislatur der Landesregierung zusammengeführt werden. Dies würde eine verstärkte Berücksichtigung von Familiennotwendigkeiten ermöglichen und die Abstimmung zwischen den Bildungs- und Betreuungsangeboten besser gewährleisten.

Staatliche Verbesserungen

- Politiker*innen aus Südtirol sollen sich mit Nachdruck für eine **Rentenabsicherung** bei Pausen- und Teilzeitzeiten, die durch Erziehung bzw. Pflege entstehen, einsetzen. In diesem Feld braucht es dringend eine Angleichung an internationale Standards.
- Es braucht **steuerliche Entlastungen** für Familien mit Kindern (Einführung eines Familienfaktors ...) bzw. eine Erhöhung des einheitlichen Kindergelds (assegno unico).
- Eltern sollen für ihre Kinder bei den Wahlen ein **Stimmrecht** erhalten. Dies würde die politischen Entscheidungen zugunsten von Familien verschieben.

Allianz für Familie

In der Allianz für Familie sind Südtiroler Organisationen und Elterninitiativen, welche die Förderung von Familienanliegen zu ihrem Kerngeschäft zählen, zusammengeschlossen. Die Allianz vertritt die Anliegen von unterschiedlichen Familienformen mit Nachdruck und will im Zusammenschluss konkrete Verbesserungen für Familien mit Kindern erreichen, indem sie als konstruktiver und kritischer Ansprechpartner für Politik und Verwaltung agiert. Gemeinsam sind wir Interessensvertretung für Eltern und Kinder.

Mitglieder der Allianz für Familie
1. Arbeitskreis Eltern Behinderter (AEB)
2. Elterninitiative Südtirol
3. Netzwerk der Eltern-Kind-Zentren Südtirols
4. Forum Prävention
5. Katholischer Verband der Werktätigen (KVV)
6. Landesbeirat der Eltern (LBE)
7. Regenbogenfamilien-Verein der gleichgeschlechtlichen Eltern
8. Sozialgenossenschaft Tagesmutter Casa Bimbo
9. Südtiroler Plattform für Alleinerziehende EO
10. Südtiroler Verein kinderreicher Familien (SVKF)
11. Väter aktiv
12. Verein „Donne Nissá-Frauen Nissá“
13. Wnet (networking woman Südtirol)

Bozen, am 04.10.2022

